

2376/J XX.GP

der Abgeordneten Hagenhofer  
und Genossen

an die Bundesministerin für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten  
betreffend freiwillige Frühpensionierungen von Lehrern.

Die Arbeitslosigkeit unter Junglehrern ist zweifellos ein gravierendes arbeitsmarktpolitisches Problem. Der von der Bundesministerin für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten gemachte Vorschlag, älteren Lehrern wahlweise einen früheren Pensionsantritt zu ermöglichen, um Junglehrern Platz zu machen, ist aus arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Sicht jedoch problematisch.

Der Vorschlag steht im Widerspruch zu einer Reihe von allgemein akzeptierten und bewährten arbeitsmarktpolitischen Grundsätzen (keine Arbeitsmarktpolitik durch Frühpensionierungen, keine ungerechtfertigten und undifferenzierten Privilegien für bestimmte Berufsgruppen usw.).

Ferner konterkariert der Vorschlag erklärte Ziele der Bundesregierung (Anhebung des faktischen Pensionsanfallsalters, Harmonisierung der Pensionssysteme).

Alternative Maßnahmen zur Senkung der Lehrerarbeitslosigkeit (breitere Ausbildung auch für andere Berufstätigkeiten, Abbau von Mehrdienstleistungen) bleiben dabei unberücksichtigt.

Schließlich ist mittelfristig aus demoskopischen Gründen mit einer Entspannung am Lehrerarbeitsmarkt zu rechnen, sodaß der Frühpensionierungsvorschlag in Kürze wieder revidiert werden müßte, was die Lebensplanung der Betroffenen erschweren würde.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgende Anfrage:

1. Halten Sie es grundsätzlich für sinnvoll, Arbeitsmarktpolitik über Pensionsregelungen zu betreiben ?
2. Warum werden Alternativen zur Vermeidung von Lehrerarbeitslosigkeit nicht ausgenützt ?
  - 2.1 Wieviele Mehrdienstleistungen werden von Lehrern pro Jahr erbracht ?
  - 2.2 Wieviele Junglehrer könnten theoretisch beschäftigt werden, wenn alle Mehrdienstleistungen auf Null reduziert würden ?
  - 2.3 Welche alternativen Beschäftigungsfelder sehen Sie für Junglehrer ?

- 2.4 Welche Maßnahmen sind geplant, um die Ausbildung von Lehrern so zu gestalten, daß diese auch in anderen Berufen ohne allzu große Umstellungsschwierigkeiten tätig werden können ?
3. Welche sonstigen Maßnahmen planen Sie zur Vermeidung und Reduktion von Lehrerarbeitslosigkeit ?
4. Wie begründen Sie eine bevorzugende Pensionsregelung für eine bestimmte Berufsgruppe, die gegenüber dem ASVG-Pensionssystem weitergehende materielle Ansprüche hat ?
- 4.1 Ist der Vorschlag gebunden an bestimmte Bedingungen (z.B. Ruhensbestimmungen) ?
5. Wie begründen Sie, daß eine derartige Regelung nicht allen unselbständig Beschäftigten, die auch einer immer schwierigeren Arbeitsmarktsituation gegenüberstehen, angeboten wird ?
6. Wie begründen Sie, daß eine solche Regelung nicht zumindest anderen Problemgruppen am Arbeitsmarkt offen steht (älteren Arbeitslosen, vom Strukturwandel Betroffenen usw.) ?
7. Wie wollen Sie vermeiden, daß andere Berufsgruppen (auch aus dem öffentlichen Dienst), die mit Lehrern vergleichbare Probleme haben, legitimerweise für sich eine solche Regelung einfordern ?
8. Sehen Sie Ihren Vorschlag in Einklang mit dem erklärten Ziel der Bundesregierung, das faktische Pensionsanfallsalter anzuheben ?
9. Sehen Sie Ihren Vorschlag in Einklang mit dem erklärten Ziel der Bundesregierung nach einer Harmonisierung der Pensionssysteme ?
10. Zum Begriff der von Ihnen behaupteten Kostenneutralität:  
wie weit ist dieser Begriff gefaßt,  
welche Einflußgrößen, Variablen und Parameter liegen dem Modell der "kostenneutralen" Berechnung von Pensionen bei Frühpensionierungen zugrunde ?